

der modernen Friedhofskunst, durchaus berechtigt seien. In der Ausstellung für Friedhofskunst im Garten der Unterrichtsanstalt, Prinz-Albrecht-Straße 8, wurde bewiesen, daß bei richtiger Auswahl der Materialien und ihrer Bearbeitung Grabsteine geschaffen werden können, die allen verfahrensmäßigen Anforderungen in vorbildlicher Weise entsprechen. Einige Firmen der Granitindustrie trugen dieser notwendigen und berechtigten Entwicklung der Friedhofskunst Rechnung und haben auch als Lagerware Denkmäler hergestellt, die sich in das Gesamtbild eines gut geleiteten Friedhofs einwandfrei einfügen.

Auf die Anpassung an die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse durch Ausführung preiswert gestochter oder nur teilweise geschliffener Grabsteine aus einheimischem Granit an Stelle der von der Granitindustrie bisher bevorzugten ausländischen Materialien in teurerer Bearbeitung will ich nur hinweisen.

Es erscheint also angebracht, auf die städtischen Verwaltungen in dem Sinne einzurwirken, daß die Verwendung von Granit entgegenstehenden Bestimmungen der Friedhofsordnungen dahin geändert werden, daß der Verwendung von Granit, zumal einheimischer Herkunft, allgemein nichts im Wege steht, die Art der Bearbeitung jedoch vorgeschrieben werden kann.

Tarif-Änderungen für das Odenwald-Granitwerksteingebiet.

Am 21. und 22. September wurden in Heppenheim die Verhandlungen über die von uns gestellten Abänderungsanträge zum Bezirksarif erneut ausgenommen. Gleich eingangs der Verhandlung erklärten die Unternehmer, daß die Hof. III. Abs. 1 Grundpreise für Stufen, Schwellen usw. keine Veränderung der Grundpreise erfahren dürfe, da sie sonst nicht mehr konkurrenzfähig wären gegenüber den anderen Granitbezirken. Nach längeren, manchmal sehr scharf einsetzenden Debatten wurde dieser Punkt zurückgestellt und allgemein in die Beratung unserer Abänderungsanträge eingetrennt. Es haben folgende Positionen und Absätze Verbesserungen erfahren:

Allgemeine Bestimmungen.

- Seite 6 Hof. 20: Die Lohnzahlung bleibt wie bisher 14tägig; es können aber bis zu 70 Prozent Abschlagszahlung an den Zwischenstagen verlangt werden.
- Seite 7 Hof. 23: Die Urlaubsfrage wird dahin geregelt, daß nach einem Jahr im Betrieb 3 Tage Urlaub, nach 4 Jahren im gleichen Betrieb 4 Tage Urlaub gewährt werden. Als Stichtag gilt der Eintrittstag. Wer z. B. am 1. Januar 1921 ein Jahr im Betrieb ist, hat Anspruch auf 3 Tage Urlaub. Sonst gelten die alten Bestimmungen weiter.
- Seite 17 Hof. III. Grundpreise für Flächen und Glieder d. r. Wird eingefügt: „Das Gruppieren der Flächen wird im Stundenlohn ausgeführt“.
- Seite 18. Grundpreise für Stufen, Schwellen usw. Neu eingefügt: Für Stufen 50 Pf. und für Auflager bis 5 Zentimeter breit ebenfalls 50 Pf. pro lfd. Meter.
- Seite 19 Hof. IV. Gliederzählung. Füge, die in Verbindung mit Gliedern stehen, werden als gewöhnliche Glieder wie unter Hof. IV. Abs. 1 mit 1/2 Glied Zuschlag bezahlt. Mehrere zusammenhängende Füge bilden ein Profil und wird jeder Füge 1/2 Glied Zuschlag bezahlt.
- Seite 20 Hof. 8. Für Karnise nach Figur 10 wird 1/2 Glied mehr bezahlt als nach Fig. 9.
- Seite 21 Hof. 14. Scharfe, kantige Kanneluren bei besonders tiefen Hohlkehlen, besondere Vergütung empfohlen.
- Seite 23 Hof. VI. Eingefügte Flächen und Füllungen: Hof. 1a. Die Einfügte wird von 5 auf 4 Zentimeter zur Berechnung der Grundlöhne angenommen. Sonst keine Änderung.
- Seite 24 Hof. 3 b. Füllungen werden bis 4 Zentimeter Tiefe zu den bestehenden Grundlöhnen bezahlt. Die Ranten werden bis 3 Zentimeter Tiefe als 1 Glied, jede weiteren 3 Zentimeter Tiefe ein Glied mehr berechnet. Der Grundpreis für Füllungen beträgt pro Quadratmeter 7 Mark.
- Seite 25 Hof. 10. Hohlflächen erhalten zu den Zuschlägen bei Hof. 5 Seite 24 weitere 10 Prozent Zuschlag.
- Seite 26 Hof. VII. Schräge Flächen und Verdachungen Hof. 1. Bis 8 Zentimeter Neigung 15 Prozent Zuschlag, über 8 bis 15 Zentimeter Neigung 20 Prozent Zuschlag, über 15 Zentimeter Neigung 25 Prozent Zuschlag. Im Hof. 1a gilt Tarifamtsentscheidung und heißt bis 70 Zentimeter Höhe. Hof. 2. Schräge Flächen an Grüstbedeln u. dgl. Fig. 39 e und f. Bei Grüstbedeln mit zweiseitig abgedachter Oberseite wird diese nach dem Rechteck aus Länge und Breite des ganzen Stückes bezahlt, ohne Kreuz mit 25 Prozent, mit angearbeiteten Kreuz mit 60 Prozent Zuschlag bezahlt, einschließlich der oberen Kreuzfläche. Im letzteren Falle wird nur noch die umlaufende Kante des Kreuzes an der höchsten Stelle gemessen, bis 4 Zentimeter mit 1/2 Glied, über 4 bis 8 Zentimeter mit 2 Glied und darüber jede weiteren 4 Zentimeter 1 Glied mehr bezahlt.

Seite 27 Hof. 7 neu eingefügt: „Glatte Flächen unter 20 Zentimeter Breite oder Stärke werden mit 20 Zentimeter bezahlt. Flächen, die mit Profilen zusammenfallen, unterliegen der Gliederberechnung. Für Stufen und Einfügungen gelten nur die wirklichen Ausmaße nach Hof. XII. Hof. 3.“

Seite 27 Hof. VIII. Ed., Kropf-, Totlauf und Winkelstücke. Hof. 2. Alle tolaufenden Profile (Fig. 42 und 43) werden pro Edge und Glied mit 15 Zentimeter Mehrmaß als Zuschlag berechnet.

Seite 28 Hof. 6. Für die Edge werden 15 Zentimeter auf alle Glieder zugeschlagen. Hof. 7 wird redaktionell geändert und heißt es in Zeile 2 bis 20 an mit 10 Zentimeter Zuschlag. Hof. 8 Profile an Gewandaufländen (Fig. 48) werden in der größten Höhe 2mal berechnet.

Seite 29 Hof. IX. Säulen und ovale Flächen.

Säulen von 10—14 cm Durchmesser	100 Proz. Zuschlag
über 14—17 " "	80 " "
über 17—20 " "	70 " "
über 20—25 " "	60 " "
über 25—30 " "	50 " "
über 30 cm	45 " "

Säulen mit Schwellung ohne Gesims (Fig. 49) erhalten auf obige Höhe 10 Prozent Zuschlag auf die Mantelfläche. Säulen mit Gesimsen (Fig. 50) erhalten auf die Mantelfläche für gerade oder verzungte 15 Prozent, für geschwelte 20 Prozent Zuschlag. Die Mantelfläche wird nur bis zum Ansatze der Glieder gemessen.

Seite 30 Hof. 9 bleibt Zeile 1 bis 4 bis zum Wort „bei runder Grundriffsform bestehen“ und lautet dann weiter „bei runder oder viereckiger Grundriffsform erhalten bis 1 Meter Umfang 50 Prozent Zuschlag, über 1 bis 2 Meter Umfang 35 Prozent Zuschlag, über 2 Meter Umfang 25 Prozent Zuschlag. Urnen, Vasen und Kugelaufsätze erhalten je 10 Prozent weniger. Hof. 10 fällt dadurch weg.“

Seite 30 Hof. X. Kreuze. Bei gestochten Kreuzen über 50 bis 80 Zentimeter Höhe wird die Vorderseite voll, die Rückseite 1/2 mal, über 80 Zentimeter Höhe die Vorderseite voll, die Rückseite zur Hälfte tarifmäßig und die umlaufenden Ranten, bis 10 Zentimeter Stärke, sein gestocht mit 5,50 M. pro lfd. Meter jeder Zentimeter Mehrstärke mit 35 Pf. mehr berechnet.

Seite 31 Hof. 3 wird der Grundpreis für die umlaufenden Ranten bei gestrichelt mit 3,50 M., bei gruppiert mit 4 M. pro lfd. Meter berechnet, bis zu 10 Zentimeter Stärke. Jeder Ueberzentimeter mit 25 Pf. mehr bezahlt.

Seite 34 Hof. XII neuer Hof. 14. Stoffsugen mit Verzäpfungen erhalten bis 30 Zentimeter Breite einen Zuschlag von 35 Pf. bis 40 Pf. Zuschlag pro Fuge. Die Stücke werden einschließlich Zapfen gemessen. Ein nachträglich eingebrachter Antrag betr. Seite 24 Hof. 5 getrimmte glatte Flächen soll formuliert werden und nachträglich geregelt werden. Diese Abmachungen treten ab 24. September in Kraft, in Betrieben, die erst am 30. Lohnung haben, ab 1. Oktober.

Kollegen, wenn auch nicht alles erreicht werden konnte, so sind wir doch einen Schritt vorwärts gekommen. Den anderen Bezirken möchten wir es zur Nachahmung empfehlen; denn dort liegt der Schaden, der uns die Möglichkeit raubte, weiter vorwärts zu kommen. Den Kollegen im Odenwaldtarifgebiet ist zu empfehlen, den vorstehenden Abdruck aufzubewahren resp. dem Tarif beizulegen. W.

Der Zuzug ausländischer Arbeiter.

Die Zulassung ausländischer Arbeiter in Deutschland soll nach einer neueren Verfügung des Reichsarbeitsministers verschärft überwacht werden. Grundlag soll sein, daß ausländische Arbeiter nur im Falle eines zwingenden wirtschaftlichen Bedürfnisses zugelassen werden, also nur dann, wenn ein Bedarf im Einzelfall nicht durch geeignete deutsche Arbeiter gedeckt werden kann. Dieser Grundlag ist nicht neu, er wurde aber einmal in der Landwirtschaft nur lag durchgeführt. Das Streben der deutschen Landwirte, den ausländischen Arbeiter als billige und willige Arbeitskraft gegen den deutschen Arbeiter auszuspielen, führte dazu, daß trotz bestehender Vorschriften ausländische Arbeiter in großer Zahl ausgezogen wurden. Gewissenlose Agenten und Landwirte wußten die Arbeitsnachweise zu umgehen. Es dürfte sich die Zahl der in der deutschen Landwirtschaft tätigen Ausländer auf 150 000 bis 160 000 belaufen. Wenn die neue Verfügung angesichts der Arbeitslosigkeit in eigenen Lande diesen Zustrom eindämmt, so ist das den fortgesetzten Bemühungen des Landarbeiterverbandes zu danken.

In Zukunft soll die Kontrolle der Einstellung ausländischer Arbeiter unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erfolgen. Für die Zulassung ausländischer Landarbeiter ist bestimmt worden, daß jeder diesbezügliche Antrag eines Arbeitgebers zunächst der Prüfung eines paritätischen Ausschusses landwirtschaftlicher Unternehmer und Arbeiter unterzogen wird, wobei auch der zuständige Arbeitsnachweis als Gutachter gehört werden muß. Die so geprüften Anträge sollen dann an das zu-

ständige Arbeitsamt weitergegeben werden. Hier erfolgt die Entscheidung durch den paritätischen landwirtschaftlichen Sachausschuß oder, falls solcher nicht besteht, durch einen besonders zu bildenden paritätischen Ausschuß landwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dieser Ausschuß soll die Pflicht haben, zunächst festzustellen, ob der Bedarf nicht durch Zuführung geeigneter deutscher Arbeitskräfte aus anderen Bezirken gedeckt werden kann, unter Beachtung des Gesichtspunktes, daß erreicht werden muß, daß die landwirtschaftliche Produktion wieder unabhängig vom Zuzuge ausländischer Arbeiter wird. Genehmigungen sollen daher nur befristet erteilt werden und unter Umständen von der Bedingung abhängig gemacht werden, daß der Arbeitgeber sich verpflichtet, geeignete Wohnungen für einheimische Landarbeiter herzustellen und solche nur deutschen Arbeitsträften zu überlassen.

Einreiseführermerkte für ausländische Industriearbeiter sollen wie bisher schon nur erteilt werden, wenn die für den Zielort zuständige Behörde in jedem Einzelfall dem Zuzug zustimmt, nach Anhörung des Landesarbeitsamtes. Die Genehmigung soll nicht erfolgen, wenn ein Bedürfnis oder eine Unterkunftsmöglichkeit nicht besteht. Das Gutachten der Landesarbeitsämter soll durch den betreffenden paritätischen Sachausschuß erfolgen, wobei der Arbeitsnachweis des Zielortes vorher zu hören ist. Auch hier soll die Genehmigung nur befristet erfolgen und in geeigneten Fällen von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden, so im besonderen, daß der betreffende Arbeitgeber deutsche Arbeitskräfte in genügender Zahl anlernt, um Ausländer allmählich ersetzen zu können. Den Landesarbeitsämtern wird als besondere Pflicht zugewiesen, den Umfang der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte sorgfältig zu beobachten und die Industrie zum Ersatz durch deutsche Arbeiter, durch Anlernung und Berufsberatung zu drängen. Mit der neuen Verfügung hat man die Überwachung des Zuzugs ausländischer Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie in die Hände paritätischer Körperschaften gelegt. Aufgabe der Gewerkschaften wird in dieser Kommission sein, unter Wahrung wirklich berechtigter Interessen der deutschen Wirtschaft dafür zu sorgen, daß nicht das Einströmen ausländischer Arbeiter die Unterbringung unserer Erwerbslosen verhindert, oder daß gar ausländische Arbeiter zum Zweck des Lohndrucks hereingehtolt werden können.

An die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter.

Werte Kollegen!

Infolge des Krieges mit der jahrelangen Intererernährung braucht besonders die baugewerbliche Arbeiterschaft zu ihrem schweren Beruf mehr Schutz für Gesundheit und Leben. Demgegenüber ist in der letzten Zeit offen die Wahrnehmung zu machen, daß die reaktionären Kräfte in Verbindung mit den Unternehmerorganisationen die Errungenschaften unserer Schutzbewegung aufzuheben suchen. Was im Laufe von Jahrzehnten mühsam erkämpft worden ist, soll unwirksam gemacht und beseitigt werden. Die Durchführung der erlassenen Schutzverordnungen und die Anstellung von Baukontrolluren aus unseren Kreisen wird mehr und mehr durch widersprüchliche Einwendungen und Hungerlöhne dieser Angestellten unmöglich gemacht. Eingaben der Arbeiter-Vertrauenspersonen für bessere Schutzvorschriften an die Behörden kommen nicht zur geschäftlichen Erledigung und werden mit einer oberflächlichen Begründung und durch schöne Redensarten verschleppt. Von demselben Geist ist auch der Inhalt der neuen Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften erfüllt. Mit einer geradezu verhöhnenden Geringschätzung werden hier unsere wichtigsten Schutzforderungen für die gefährlichsten Arbeiten (wie gegen Abwurf, Gasvergiftungen usw.) beim Bau unbeachtet gelassen. Dabei wird weniger bedacht, daß auch der Zuwachs von Verletzungen im Baugewerbe abhängig ist von der weiteren Ausgestaltung des Arbeiterschutzes. Der Einfluß der Unternehmer in den amtlichen Kreisen wächst zusehends, und das zu einer Zeit, wo die Eingabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betreffend Normalvorschriften zum Reichsbauarbeiterchutz beim Reichsarbeitsministerium vorliegt.

Gegen diese Machinationen ist Front zu machen. Die Kollegen müssen sich jetzt in ihren Versammlungen mehr mit unseren gemeinsamen Schutzfragen beschäftigen. In allen Orten oder Kreisen müssen wieder Bauarbeiterchutz-Kommissionen gebildet werden. Kleine Orte sind zu einer solchen Kommission zusammenzufassen. Die Landeskommissionen, die in den Jahren vor dem Kriege so erfolgreich gearbeitet haben, müssen wieder in Tätigkeit treten. Zur Feststellung der Mißstände bei den Bauten müssen Sommer- und Winterkontrollen durchgeführt werden. Durch solche Erhebungen gewinnen wir neben den amtlichen Unfallzahlen Material zur Vertretung unserer Forderungen. In den Gemeinde- und Kreistagungen und in den Landtagen sowie im Reichstage muß von den Vertretern der Arbeiter der Bauarbeiterchutz wieder zur Sprache gebracht werden.

Wenn wir so mit Einigkeit und starkem Willen dafür eintreten, dann können wir die vereinten Anstrengungen der Geuer zurückweisen. In der Zeit vom 15. Oktober bis zum 1. November d. J. soll in allen Orten oder Kreisen, wo eine bemerkenswerte Bautätigkeit aus-

Die Kunst im Arbeiterheim.

Uns wird geschrieben: Die Entwicklung des deutschen Proletariats fällt in eine Zeit betrüblichster Kulturarmut. Seit drei Generationen gibt es in Deutschland eine moderne industrielle Arbeiterschaft: die erste Generation erlebte die Revolution von 1848, die zweite den Deutsch-Französischen Krieg, die dritte den Weltkrieg und den darauffolgenden Zusammenbruch der monarchistisch-militaristischen Staatsform. So reich diese Zeit an politisch-historischem Geschehen war, so arm war sie an kulturellem Besitz. Die Zeit des neuen deutschen Kaiserturns, die vielgepriesene wilhelminische Epoche, die Zeit also, in der sich die Arbeiterklasse endgültig bildete und zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung heranwuchs, ist nun gar eine Periode schlimmsten Kulturbarbarismus. Höflingstum und kapitalistische Marktgegriffe, Untertanentum und banausenhaftes Proletariat einer Klasse von Gründern und Emporkömmlingen bestimmten den geltenden Kunstgeschmack. Starke künstlerische Persönlichkeiten, typische Richtungen mit eigenem Willen vermochten sich nur mit Mühe gegen die Infiltration des offiziellen Kunstbetriebes durchzusetzen. Schlechte Massenware, außen bunt und prahlend, innen hohl und faul, beherrschte den „Markt“ auch in der Kunst. Ein wichtiger, aus geistiger Größe kommender, übermächtiger künstlerischer-kultureller Auftrieb fehlte vollständig; nichts zeigte sich auch nur im Keim, was den geschlossenen Leistungen früherer Perioden der Kunstgeschichte an die Seite zu stellen wäre.

In dieser Zeit erlebte die deutsche Arbeiterklasse ihr geistiges Erwachen und, dank der Tüchtigkeit ihrer Gewerkschaften, auch ihren sozialen Aufstieg. Was in den sozusagen oberen Regionen der Gesellschaft an Kunstschöpfungen — dem gekennzeichneten Marktgeschmack entsprechend — entstand, gelangte in industrialisierter, vollkommen verkitschter Form und in minderwertigstem Material auch in die Arbeiterklasse: das Muschelmöbel, das Ledrild und gipserne Nippeschind, denen sich später das Gramophon würdig zugesellte, hielten ihren Einzug in das Arbeiterheim. In einer Zeit ihres mächtigsten Aufstrebens, in der die arbeitende Klasse bereit gewesen wäre zum Empfang reichster Kunstschöpfung und zum erlebnisreichen Mitschaffen, wurde sie vergiftet mit unwürdigstem Schund. Eine gräßliche, jede eigene kulturelle Regung in der Arbeiterklasse erstickende Geschmackverwüstung breitete sich mit diesen Kunstgremeln in den Wohnstätten der arbeitenden Massen aus.

Bis sich innerhalb der Arbeiterklasse eigene Kräfte regten, um den Massen den Weg zum Künstlerleben zu bahnen. Der geistig fortgeschrittenste und energischste Teil schuf die Volkstheater in

Berlin und an einigen anderen Plätzen; sie erschlossen der Arbeiterschaft das Theater. Die Bildungsausschüsse der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung breiteten ihre Wirksamkeit schnell auch über das gesamte Gebiet der Kunst aus; neben Kunststaben und guten Konzerten boten sie der Arbeiterschaft in Bücher- und Bilderausstellungen Literatur und Heimtschmuck von gewähltem Geschmack. Und diesen Bestrebungen gesellte sich nun als neues Glied, als weitere Stufe des Aufstiegs der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein der Volkskunstverlag „Das Bild“ (Geschäftsstelle Berlin-Mariendorf, Rurfürstenstr. 19).

Die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie haben sich zusammengetan, um in Gemeinschaft mit den Arbeitern und Angehörigen der Reichsdruckerei dieses Unternehmen ins Leben zu rufen, als eine Genossenschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Schätze der Meister der bildenden Kunst aller Kulturepochen in vornehmen und originalgetreuen Wiedergaben herzustellen. Die Bildungsausschüsse und die Buchhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien in Berlin haben sich der Genossenschaft angeschlossen, und auch die Volkstheater und die Konsumgenossenschaft werden ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung stellen. Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinnes wird ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angestellten und minderbesoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandschmuck in geeigneter Rahmung, wie zur Sammlung in Mappenform zu erwerben und den Kulturabfall des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Gewerkschaften angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarischen Empfinden gemäße Auswahl der Werke. Drei große Bildwerke werden bereits zum Weihnachtsest erscheinen.

Wir begrüßen freudig die neue Kulturschöpfung des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unliebsamen Konkurrenten nicht unbehelligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gesittung, weiches Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Kunst-erleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse. Die Bürger von Athen veräußerten die

Schlacht, um ins Theater zu gehen — wir gehen zur Kunst, um die Schlacht zu gewinnen.

Die Sozialisierung des Wohnungswesens

wird jetzt von den Kreisen der Gewerkschaften und Mieter lebhaft erörtert, wie es auch der Verbandstag des Bundes deutscher Mietervereine zu Dresden soeben gezeigt hat. Gerade erscheinen auch in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Richtlinien für die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens, die in einer ausführlichen Begründung für die Notwendigkeit der Vergesellschaftung des Wohnungswesens auch für diejenigen, die ihr ablehnend gegenüberstehen, wertvolles Material bringen. Durch Reichsgesetz wird die Bildung von Pflichtgenossenschaften, sogenannten Hauschaften verlangt, in denen 500 bis höchstens 1000 Wohnungen und auch Gewerberäume zusammengefaßt werden. Die Hauschaften einer Stadt bilden zusammen den Wohnungsverband, ebenfalls eine Selbstverwaltungskörperschaft. Das Eigentum an den Häusern, soweit es nicht kleine Eigenhäuser sind, geht gegen angemessene Entschädigung auf die Hauschaften über. Den Wohnungsverbänden liegt die Regelung der Neubautätigkeit ob. Verwaltung und Unterhaltung des alten und Erstellung des neuen Wohnbestandes liegen also in den Händen der ja doch die Mittel aufzubringen habenden Mieter, die ihre Vertretung in der Generalversammlung, dem Aufsichtsrat und den Geschäftsführern der Hauschaften und Wohnungsverbände haben und die bei dem Wohnungsverband mit einem kleinen Geschäftsanteil beteiligt sein müssen. Mit diesem Geschäftsanteil, den auch Jugendliche und andere Erwerbstätige ohne eigene Wohnung erwerben müssen, ist aber ein Anspruch auf eine Wohnung verbunden, der in einer bestimmten Reihe von Jahren befriedigt werden muß. Ohne in die Hoheitsrechte der politischen Körperschaften einzugreifen, baut sich die vorgesehene Selbstverwaltung der Mieter dann nach oben im Provinzial- oder Landesverband, schließlich im Reichswohnungsverband auf.

Eine reifliche Vorseitigung all der vielen Mißstände im Wohnungswesen und eine beschleunigte und systematische Behebung der Wohnungsnot unter gerechter Heranziehung der Bewohner der vorhandenen Häuser zu den Kosten wird nachzuweisen versucht und jedenfalls wirkungsvoll zur Diskussion gestellt. Die 84 Seiten starke, mit Abbildungen versehene Broschüre kostet 7 M. Gewerkschaftsmitglieder erhalten sie zur Hälfte des angegebenen Ladenpreises durch ihre Organisation. — Wir behalten uns vor, auf den Inhalt der Schrift noch näher einzugehen.

geübt wird, eine Kontrolle der Bauten nach dem Fragebogen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor sich gehen. Nach Mitteilung über die benötigte Zahl werden von dieser Stelle den Vertrauenspersonen diese Fragebogen unentgeltlich zugestellt. Nun vorwärts!

Mit Gruß

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
(Sozialpolitische Abteilung).
J. M.: G. Heinke, Berlin SO 16, Engelauer 24, 4.

Aus den Zahlstellen.

Saalburg. Von den Saalburger Marmorwerken wird uns nachmalig folgende Berichtigung zu den in Nr. 39 gemachten Anmerkungen unter Berufung auf das Preßgesetz übermittelt:

1. Es ist nicht richtig, daß unser früherer Werkmeister, Herr Borwitz, der Arbeiterchaft Brennholz gegen den Willen der Gesellschaft ohne Bezahlung überlassen hat. Wichtig ist vielmehr, daß Herr B. die gute Absicht der Gesellschaft, den Arbeitern Brennholz zu überlassen, durch unwahre Angaben bereitet hat. Wichtig ist ferner, daß Herr B. sich dieses selbige Holz, zum Teil ohne Wissen der Gesellschaft und ohne Bezahlung, selbst aneignete.

2. Es ist nicht richtig, daß Herr B. wegen seiner Zugehörigkeit zum Werkmeisterverband entlassen wurde. Diese Angabe ist sinnlos, da unsere technischen Beamten damals bereits ausnahmslos dem genannten Verband angeschlossen waren.

3. Es ist nicht richtig, daß die Wahl des Herrn B. zum Betriebsratsmitglied von deutschnational organisierten Beamten aus verbandspolitischen Gründen angefochten worden ist. Von den Beschäftigten vielmehr gehört zum D.V.B. nur ein Herr. Die wahren Gründe sind in den Schriftsätzen sowohl der Gesellschaft als auch der Angestellten eingehend, und zwar mit durchschlagendem Erfolg dargelegt. Wenn dabei noch von einem unausgesprochenen Untergrund die Rede sein darf, so ist es der, daß die Beamtenschaft es ablehnt, von einem Mann vertreten zu sein, gegen den so schwere Anklagen schon damals bestanden.

Eine Zugehörigkeit zum Betriebsrat würde überdies bei der Art seiner Verfehlungen seine Entlassung nicht im geringsten aufgehoben haben.

Die Behauptungen und Gegenäußerungen bewegen sich immer im Kreis, hoffentlich zerreißt das Resultat des Schlichtungsverfahrens, was der Betreffende anhängig gemacht hat, diesen Rundgang des „Richtigen“ und „Unrichtigen“, und wir sehen dann klar, ob hier schließlich die Firmenvertretung doch nicht ganz auf der Höhe gewesen ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der betreffende Herr B. mit diesem ganzen Berichtigungsrummel und seiner Veranlassung nichts zu tun hat, sondern die Angelegenheit ist ohne seinen Willen gelegentlich des Streiks in den Marmorwerken aufgerollt. Der Lohnkampf hat auch außerdem Formen angenommen, die von Weisheit der Firmenvertretung gerade nicht zeugen, sondern die die Aufzwingung des Willens der Werkleitung den Streikenden gegenüber sich zur Richtschnur genommen hat. Ob nun die Folgen davon dem Nennomee und der Verwendung der Saalburger Marmore dient, ist eine Frage, die kaum zu bejahen ist. Uns will dünken, daß „Dickköpfigkeit“ und „Forsche“ schlechte Berater sind, um Differenzen in Lohnfragen beizulegen, und die kaum ein erträgliches Zusammenarbeiten für die Zukunft im Werk garantieren.

Leipzig. Am 13. September fand unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Die Unternehmer sind bereit, ab 16. September einen Zuschlag von 1 M. pro Stunde, sowie 100 Prozent auf den Normaltarif zu bewilligen. Die Versammlung beschloß, dieses Angebot unter der Bedingung anzunehmen, daß die Gauleitung sofort die Verhandlung wieder aufnimmt und die alte Forderung von 30 Prozent Zuschlag von neuem stellt. Die örtliche Staubzulage von 10 Prozent tritt ab 16. September ebenfalls in Kraft. Zur Regelung der Angelegenheit der Kollegen Höhe und Verteilung wurde die Arbeitslosenkommission beauftragt. An Stelle des ausscheidenden 2. Vorsitzenden wurde Kollege Gärdis einstimmig gewählt. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, auf 4 Wochen einen Extrabeitrag von 5 M. pro Woche zur Stärkung des Kampffonds von allen Mitgliedern der Zahlstelle zu erheben. Dieser Extrabeitrag muß bis 1. November 1921 bezahlt sein.

Greifswald. Die Firmen Jagdmann und Schilling haben die Stundenlöhne um weitere 40 Pf. erhöht. Entspricht diese Erhöhung auch bei weitem nicht der eingetretenen und sich fortsetzenden Verteuerung fast aller notwendigen Bedarfsartikel, so wollen wir doch nicht versäumen, den Vorfall zur allgemeinen Kenntnis zu bringen in der Hoffnung, daß in kurzen Zeiträumen Wiederholungen der erfolgten Erhöhungen stattfinden, bis wenigstens die im allgemeinen üblichen Löhne erreicht sind.

Rochum. Die am 23. September tagende Versammlung befaßte sich hauptsächlich mit der Lohnfrage. Da die Bauarbeiter eine Zulage von 1.40 M. pro Stunde erhielten, so war es auch für uns selbstverständlich, daß diese Zulage auch uns zugute kam. Nach anfänglichem Sträuben, besonders von der Firma Oestrich, die sich auf den Essener Tarif stützen wollte, wurden die 1.40 M. bewilligt, so daß jetzt für die Marmorbranche ein Lohn von 9.70 M. besteht. Des weiteren befaßte sich die Versammlung mit den Zuständen im Steinbruch Schulte-Bels. Es arbeiten dort 20 Kollegen, darunter 17 Italiener. Sobald wir an den Verkehr herantreten mit Lohnfragen, heißt es immer: Ich zahle, was der Bezirksstarif vorschreibt! Bekanntlich unterliegen die Steinbrüche dem Ruhrbezirksstarif. Hier aber möchten wir den Bezirksstarif. Gauleiter fragen, wann endlich kommt ein Tarif zustande, der nur einigermaßen den Verhältnissen angepaßt ist? Seit Monaten wird verhandelt und nichts ist erreicht außer einer Zulage von sage und schreibe 40 Pf. Notwendig sind Flugblätter oder Broschüren in italienischer Sprache, eventuell ein italienischer Redner, sollen nicht dieselben Zustände einreißten wie vor dem Krieg. Wir müssen die italienischen Kollegen in unsere Reihen bringen, sonst jucheten wir Schädlinge für unsere Bewegung heran. Die in der Versammlung anwesenden Italiener wurden ermahnt, dafür zu sorgen, daß jeder Kollege im Steinbruch seine Beiträge pünktlich bezahlt, damit wir bei eventuell eintretenden Möglichkeiten gerüstet sind. Wir deutschen Kollegen achten die Internationalen, mögen es auch die italienischen Kollegen tun. Denn nur vereint sind wir stark und können unsere Ziele erreichen. Im Punkt Verschiedenes wurde der Ortsaufschlag auf 50 Pf. festgesetzt. Nachdem der Parteidelegierte noch bekannt gab, daß bei der Gewerkschaftskommission ein Posten Schube zu soliden Preisen zu haben sei, war Schluß der Versammlung.

Weimar. Der Kollege Paul Garz schreibt uns: In Nr. 37 des „Steinarbeiter“ ist ein Bericht von Ehringsdorf, enthalten, der entsetzt ist und sich mit meiner Person beschäftigt. Ich fühle mich dadurch veranlaßt, eine richtige Darstellung zu bringen, um allen Kollegen ein wahres Bild zu geben. Das letztere kann am besten unsere letzte Lohnbewegung veranschaulichen. Im Juni wurde in geheimer Abstimmung beschlossen, „der Vorsitzende Bernh. Kämpfe hat bei den Weimarer Unternehmern den Tarif zu kündigen und eine Lohnforderung von 7.50 M. einzureichen!“ 6 M. war Lohn. Wir wollten bei der Verhandlung die Möglichkeit haben, nachzulassen, aber mindestens 7 M. erzielen. Kämpfe richtete sich nicht nach unserem Beschluß, schied die Forderung an den Gauleiter, und dieser forderte nur 7 M. Es waren uns somit Verhandlungsschwierigkeiten geschaffen und erneut beschlossen, unter 6.80 M. nicht abzuschießen. P. Garz und F. Gruber wurden in die Lohnkommission gewählt. Der Gauleiter Mühle schrieb an P. Garz: „Die Forderung von 7 M. kann man aber, gerade im Hinblick auf Erfurt (dies hat sieben Lohn) sehr gut begründen, denn in Weimar dürften die Verhältnisse nicht wesentlich billiger sein. Damit können wir auch operieren, und der Schlichtungsausschuß muß dem schließlich Rechnung tragen. Du wirst ja vor demselben jedenfalls Gelegenheit haben, mit Deiner Rede Fluß die Arbeitgeber davon zu überzeugen, daß Ihr in Weimar unbedingt 50 Pf. mehr haben müßt als die Erfurter. Wenn es Dir gelingen sollte, die 7 M. glatt durchzubringen, dann will ich mich sehr gern als geschlagen bekennen und aller Welt verkünden, daß der Kollege

Paul Garz in Weimar der größte Lohnbewegungsstrategie von ganz Mitteleuropa ist.“ Zwei „freie“ Künstler hatten die Forderung bewilligt, vier Grabsteinfirmen lehnten glatt ab, und die Angelegenheit kam vor den Schlichtungsausschuß. Nun waren auch in Ehringsdorf durch den Gauleiter Forderungen eingereicht, die vor dem Schlichtungsausschuß gingen, und ich — P. Garz — erhielt die Vollmacht, die Gauleitung zu vertreten, bei beiden Gruppen. Für Ehringsdorf war in der Lohnkommission P. Fischer und G. Zahn, also auch da kein Vorsitzender Kämpfe. Vor dem Schlichtungsausschuß wurde bei allen Punkten eine Einigung erzielt, nur beim Lohn mußten Schiedsprüche gefällt werden, und zwar für Weimar 6.50 M. und für Ehringsdorf 6 M., der Affordar in Ehringsdorf sollte noch einmal besonders behandelt werden. Der Schiedspruch für Weimar wurde abgelehnt. 7 Kollegen traten in Streit, am zweiten Streiktag bewilligte die dritte Firma, und am dritten Tag schrieben die bestreikten Firmen an den Vorsitzenden Kämpfe, sie wollten erneut in einem Lokal über den Lohn verhandeln, aber nicht, daß sie mit mir nichts zu tun haben wollten. Diesen Brief übergab nun nicht der Vorsitzende mir als Vertreter der Gauleitung, auch nicht der Lohnkommission, sondern er wollte sein Talent zeigen und mich ohne jeden Grund ausschalten! Als unsere Bewegung einsetzte, die Lohnkommission gewählt wurde, lehnte ich glatt ab; da aber dann kein Kollege in die Kommission wollte, wenn ich nicht mit drin wäre, nahm ich die Wahl an und ließ mich nun auf Grund dessen auch nicht aus der Verhandlung drängen, ich erschien uneingeladen und zum Glück der Kollegen; denn es fehlte nicht viel, da hätten die Unternehmer unseren Vorsitzenden Kämpfe mit samt den streikenden Kollegen „eingewickelt“. Die Situation überschauend, griff ich ein, und es gelang mir, unsere Forderung durchzubringen! In Ehringsdorf wurde beschlossen, den Schiedspruch betr. Lohn anzunehmen, wenn der Affordar ganz in Wegfall kommt, worüber noch einmal mit den Unternehmern einen halben Tag verhandelt wurde. Das Ergebnis, was die Lohnkommission und der Vorsitzende Kämpfe erzielt hatten, war: der Lohn 6 M. wird bezahlt; alle Stüde können in Affordar gearbeitet werden, nur muß, wenn die Position nicht im Tarif steht, der Lohn vorher vereinbart werden. Nach dem vorigen Tarif konnten nur einige Stüde in Affordar gearbeitet werden. Nun war in Ehringsdorf so Hochkonjunktur, wie jetzt, und wenn man dann sich den Tarifabschluß betrachtet, möchte man heulen, und die Weimarer Kollegen bekamen die Ueberzeugung, die Ehringsdorfer Kollegen allein weiterarbeiten zu lassen, denn den Kollegen beizubringen, daß sie denselben Lohn durchzubringen, wie wir ihn haben, und die Konkurrenz zu beseitigen, ist unmöglich. Damit uns nun unsere Unternehmer nicht den von uns in Ehringsdorf abgeschlossenen Tarif vor Augen halten können und wir von Weimar nicht immer 1 Stunde Weg nach Ehringsdorf in die Versammlung zu laufen brauchen (was ich 18 Jahre lang gemacht habe), deshalb gründeten wir die Zahlstelle Weimar.

(Der Verlauf der Lohnbewegung hat dem Gauleiter Recht gegeben. Der Schiedspruch brachte keine 7 M., sondern nur durch Streit wurden sie erreicht. — Im übrigen ist die Darstellung vom Kollegen Garz nicht so wichtig, wir haben sie nur aufgenommen, weil sie zum Schluß eine Erklärung, wenn auch eine recht mangelhafte für die Perrektion der alten Zahlstelle „Ehringsdorf“ bringt. Wenn solche Gründe maßgebend sind, hätten wir in aller Kürze mindestens 200 Zahlstellen mehr im Verband, ohne jedoch dadurch mehr Mitglieder zu bekommen, nur der Verwaltungsapparat würde komplizierter. Doch jedem, wie es schmeckt! Redaktion.)

Infolge der enormen Steigerung der Lebenshaltungskosten hat der Zentralvorstand beim Verband Deutscher Granitwerke in Karlsruhe beantragt, die laut Reichslohntarif für die Granitschleifereien am 1. November fällige Teuerungszulage sofort in Kraft treten zu lassen und Verhandlungen einzuleiten über eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage.

(K. S.) Zum Streik in der schlesischen Marmorindustrie. Der Streik unserer Kollegen der schlesischen Marmorindustrie geht unvermindert und verschärft weiter. Verschärft dadurch, daß die Arbeitgeber ohne jeglichen zwingenden Grund eine halbe Hundertschaft Sipo mit Maschinengewehr gegen die eigenen Arbeiter angreifen und bezeichnenderweise auch erhalten haben, ohne daß die Herren irgendwelche Tadeln gegen die als Streikbrecher fungierenden Poliere (Schleif-, Polier-, Maschinens-, Pack-, Bruchmeister usw.) berichten konnten. Es ist denn doch ein noch nie gesehenes Schauspiel, wenn sich die dortigen Meister geschloffen als Maschinengewehr betätigen und sich als Ochsenjungen, Siffsarbeiter, Kalkbrenner usw. benutzen lassen, trotzdem sie, wenn wir recht berichten sind, alle dem Werkmeisterverband angehören! Die Arbeitgeber scheuen sich auch nicht, einen Maschinenmeister weiter als Streikbrecher zu benutzen, der zum Ausdruck brachte, daß die streikenden Arbeiter mit dem Messer bearbeitet werden müßten. Es wäre tatsächlich nicht zu verwundern, wenn gegen solche Helden andere Mittel in Anwendung gebracht würden, die Firma hätte jedenfalls die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Das Eingreifen der Sipo ist ein Skandal, umso mehr, als diese ohne Wissen des Ortsvorstandes und des Landrates anmarschierten. Den zuständigen Behörden, die hier von unterrichtet wurden, muß die Aufgabe gestellt werden, derartige Provokationen in Zukunft zu verhindern und Aufklärung zu geben, auf wessen Anruf und auf wessen Verantwortung die Sipo gegen die Arbeiter gerufen wurde.

Ohne langes Zaudern ordnete der führende Offizier die Schutzbereitschaft an und forderte die Arbeiter zum ersten, zum zweiten und zum drittenmal in einem Atemzug auf, den Platz zu räumen, andernfalls geschossen (?) würde.

Der eingreifenden Streikleitung gelang es noch, Blutergießen zu verhindern. Die Sipo mußte abziehen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß sie ohne Wissen und Willen der zuständigen Behörden probiert hatten. Ortsvorsteher und Gendarmeriewachmeister erklärten, ohne jegliche Hilfe Ruhe und Ordnung aufrechterhalten zu können! Was wird dem Offizier der betr. Hundertschaft geschehen? Wird man ihn weiter unbefugt und unverantwortlich gegen Arbeiter marschieren lassen?

Den beabsichtigten Zweck haben aber die Arbeitgeber damit nicht erreicht. Erst recht erkennen die Streikenden, was Geistesfinden diese sind. Wenn noch einem Kollegen diese Erkenntnis gemangelt hat, so ist ihm durch diesen Vorfall die Notwendigkeit der entschlossenen Tat gegen dieses Verrentum, besonders drastisch vor Augen geführt worden. Geschloffenere denn je stehen deshalb die Kollegen, bis den Arbeitgebern das Widerwärtige ihres Verhaltens einleuchtet. Die Arbeitgeber machten zwar bereits ein Angebot, auf Grund dessen die Arbeit aufgenommen und dann verhandelt werden sollte. Selbst darauf wären die Arbeiter eingegangen, um nicht in den Verdacht des Streikes wegen zu kommen, mußten aber vor Arbeitsaufnahme die bei Streikabschlüssen üblichen Bedingungen daran knüpfen.

An dem Punkt Wiedereinstellung aller Streikenden scheiterte die Verhandlung, nachdem die Arbeitgeber offen erklärten, die Geher nicht wieder einzustellen. Als ob es Geher brauchte bei einem Verhalten wie es die Herren beliebt haben. Was den Arbeitgebern alles als Hezerei gelten kann, weiß man schon aus alter Erfahrung. Hier sei nur festgestellt, daß diejenigen, die der Firma als Geher gelten, bisher und auch ferner nach Möglichkeit für Ruhe und Ordnung, die bisher auch nirgends gestört wurde, gesorgt und gewirkt haben. Der oben erwähnte Maschinenmeister soll sicher nicht als Geher gelten. Der Streik geht also weiter!

Die Kollegen des ganzen Gauzes stehen mit allen Kräften hinter den kämpfenden Kollegen. Die 10 000 Mark bisher eingegangener Gelder zur tatkräftigen Unterstützung beweisen dieses. Kein einziger Streikbrecher außer den Polieren hat sich gefunden und wird sich finden. Die Firmen täuschen sich, wenn sie glauben, die Arbeiter durch Not müde zu bekommen. Die Herren hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht, als sie annahmen, die Arbeiter würden wie früher nach wenigen Tagen um Arbeit betteln kommen. Es wäre für beide Teile schließlich gut, wenn sie diesen Irrtum je eher je besser einsehen lernen würden. Eine ansehnliche Zahl von Kollegen sind bereits abgereist und haben erheblich bessere Arbeitsstellen gefunden, als sie früher hatten. Weitere Meldungen über freie Arbeitsstellen sind weiterhin sehr erwünscht. Trotz Sipo und trotz den Sachverhalt entstellender Flugblätter durch die Firmen werden die Arbeiter einen annehmbaren Abschluß erkämpfen. Geduld war mehr wie genug gezeigt, jetzt gilt der starke Wille. Der Ruf nach Arbeitswilligen wird weiterhin erfolglos bleiben.

Hödenau. Am 20. September fand infolge Amisniederlegung des Vorsitzenden und Kassierers nach Feierabend eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wahl des Vorsitzenden und Kassierers; 2. Stellungnahme zur Erhöhung des Distriktsbeitrags von 20 Pf. auf 40 Pf.; 3. Verschiedenes. Zu 1. wurde Kollege P. Kold als Vorsitzender und Kassierer gewählt. Zu 2. wurde auf Antrag des Kollegen Reisch beschlossen, pro Mitglied und Quartal 3 M. zu erheben. Im Verschiedenen gab Kollege P. Kold ein Rundschreiben der Gauleitung bekannt, worin ersucht wird, streikende Kollegen finanziell zu unterstützen. Es wurde beschlossen, einen Stundenlohn zu kassieren, und konnte zu diesem Zweck mittlerweile 234 M. der Gauleitung überwiesen werden. Kritisiert wurde die Delegation von 6 Kollegen nach Innsbruck, die Versammlung war der Meinung, daß zwei Kollegen dasselbe hätten vertreten können, da doch andere Staaten auch nur mit 1 bzw. 2 Kollegen vertreten waren. Nachdem noch Kollege P. Kold hingewiesen hatte, daß es Pflicht jedes Kollegen sei, die Parteipresse zu lesen und sich politisch zu organisieren, war die Versammlung zu Ende.

Stettin. Am 22. September fand unsere Monatsversammlung statt. Als erster Punkt hielt Genosse Bauerer vom Landarbeiterverband einen interessanten Vortrag „Die allgemeine Teuerung und die Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft“. Der Redner ging davon aus, daß während des Krieges die Landwirtschaft unter scharfer Kontrolle standen und für all ihre Erzeugnisse die Preise gesetzlich festgelegt waren, während auf der anderen Seite die Industrie für landwirtschaftliche Maschinen und sonstige Geräte viel mehr Spielraum für die Festsetzung ihrer Preise hatte, so daß die Bauern geringe Einnahmen hatten und dagegen zu großen Ausgaben gezwungen waren. Dieses sei nun anders geworden, da das gesamte Getreide bis auf 2½ Millionen Tonnen von der Zwangswirtschaft befreit worden; nun erst hätte die Landwirtschaft Gelegenheit einen kleinen Ausgleich zu schaffen; allerdings sind die jetzigen Preise viel zu hoch. Näher betrachtet, ist auch die Landwirtschaft nicht allein an der Teuerung schuld; auch die Mühlen, die Webereien sowie einzelne Stadtkommunen machen noch ganz gewaltige Verdienste an der notwendigen Volksernährung. Redner führte hierzu einige marante Beispiele an. Die Hauptverleiher seien oft ganz wo anders, während die Stadtbevölkerung die Landwirtschaft für die Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel allein verantwortlich mache. Die Landwirtschaft strebe nun nach dem Weltmarktpreis, und die notwendige Folgerung wäre eben, daß auch die Arbeiterchaft ihrerseits danach streben müsse, daß auch die Löhne dem Weltmarktslohn angepaßt würden. Dieses würde nun leider auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen. Des weiteren wies der Referent auf die Verhältnisse zwischen Landarbeiter und Industriearbeiter hin; daß man im Handwerk und in der Industrie einer Forderung leicht durch Streiks Nachdruck verschaffen könnte, während doch der Landarbeiter viel mehr gehemmt sei, wenn er dagegen in der Erntezeit seine berechtigten Forderungen durch einen Streik erreichen wollte, so sei in einigen Wochen die Ernte vernichtet und die Volksernährung in Frage gestellt, und so bestehen zwischen diesen beiden Arbeitergruppen Vorurteile, die durch die nötige Aufklärung beseitigt werden müssen. Zum Schluß forderte der Referent noch die Versammlung auf, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren, daß, wenn dann einmal der unselige Bruderkampf beseitigt wäre, es der aufgekärten Arbeiterchaft gelinge, bessere Verhältnisse zum Wohle aller zu schaffen. Die Ausführungen waren interessant, und die Kollegen sind sicher über manche irrige Auffassung aufgeklärt worden. Hierauf gab der Kartellbelegierte einen Bericht von der letzten Kartelltagung, die sich in der Hauptsache mit der finanziellen Lage des Kartells befaßte. Dann berichtete der Vorsitzende über unsere Urlaubsverhandlung. Am 7. September fällte der hiesige Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch, nach dem die Arbeitgeber den uns früher zugesicherten Urlaub nun auch gewähren müßten. Leider hätten die Arbeitgeber diesen Spruch abgelehnt. Nach kurzer Debatte kamen wir zu dem Entschluß, nunmehr den Demobilisierungsausschuß zwecks Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches anzurufen (ist bereits geschehen). Durch die unglückliche Fassung (?) des Absatzes 4 des A.M. wird wohl die Urlaubsfrage für die Steinarbeiter noch lange Zeit ein Schmerzenskind bleiben. Ein gewöhnlicher Sterblicher wird aus diesem Geistesprodukt nicht schlau. Des weiteren wurde noch beschlossen, die Arbeitgeber infolge der neuen Teuerungswelle um eine Lohnzulage zu erfuchen. Hierauf Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und Industrie. Kommerziant Hans Vetter †. — e. Der bekannte Sandsteinindustrielle Herr Kommerziant Hans Vetter verstarb am 25. September von einer Geschäftsreise heimkehrend, plötzlich am Herzschlag in Elmhorn a. M. Er hat ein Alter von 53 Jahren erreicht. Der Verstorbenen war nicht nur innerhalb der Sandsteinbranche, sondern in der gesamten deutschen Steinindustrie eine bekannte Persönlichkeit. Er leitete seit Jahren die umfangreichen Sandsteinbetriebe am oberen Main in den Orten Elmhorn, Ebelbach, Zeil, Troffenfurt, Sand, Dreibrunn, Kronach usw., weiter die Muffelschleifbetriebe in Winterhausen und Gohmannsdorf a. M. und einige Granitbetriebe der Oberpfalz. Die Firma Vetter hat bedeutende Bauten in Deutschland ausgeführt, es sei nur unter anderem an das Armeemuseum und das Verkehrsministerium in München, an Teile des Leipziger Mathausens, an viele städtische und staatliche Gebäude besonders in Kassel, Frankfurt a. M., Berlin usw. erinnert. Es wird wenig bedeutende Plätze in Deutschland geben, wo die Firma nicht durch ausgeführte Arbeiten, in Sandstein aller Farben, Tuffstein, Nördlinger Trapp, Muffelschleif und Granit vertreten ist. In der sogenannten Blütezeit der Sandsteinindustrie soll die Firma allein an Hauptarbeiten im Jahre bis zu 20 000 Kubikmeter geliefert haben. Maschinen waren die Betriebe früher nicht eingerichtet, erst in neuerer Zeit ist hier ein Fortschritt wahrzunehmen. Die außergewöhnlich billigen Arbeitskräfte scheinen die damalige Ursache der mangelhaften Betriebsbedingungen gewesen zu sein. Die Brüche wurden dagegen immer vorwärtsmäßig abgebaut, desgleichen befanden sich die Arbeitshütten und die Aufenthaltsräume im ordnungsgemäßen Zustande. Eine Beschränkung nach der Richtung hin an Herrn Vetter wurde sofort untersucht und ihre tatsächliche Rechnung getragen. Zur Hebung der Friedhofsanlage bildete die Firma mit der Marmorindustrie Kiefer in Kiefersfelden und den Granitwerken der Gebr. Kerber in Büchelberg vor Jahren eine Art Interessengemeinschaft und gab einen Musterkatalog mit Entwürfen ersten deutscher Künstler und Architekten heraus. Herr Vetter war auch hier mit leitender Kraft. Die Arbeiterorganisation und deren berechtigten Bestrebungen wurden scheinbar in den neunziger Jahren und bis zum Jahre 1909 von der Firma noch nicht recht verstanden und nicht immer mit den einwandfreiesten Mitteln behandelt. Inwiefern hier der Verstorbene führende oder treibende Kraft war, entzieht sich unserer Kenntnis, da zu damaliger Zeit

aufher ihm auch noch einige ältere Brüder im Geschäft tätig waren. Im Jahr 1910 wurde Herr Hans Bette Vorsteher der Mischelkalksteinindustriellen Frankens, und da traten wir erstmals mit ihm in Verbindung, er lernte auch da erst so recht die Tätigkeit der Arbeiterorganisation kennen. Seiner Tätigkeit ist es wohl mit zuzuschreiben, daß ein Tarif für die Steinmehrer geschaffen wurde. Auch bei der Schaffung eines Tarifes für die Maintal- und Sandsteinindustrie war er hervorragend tätig. Leider konnte er sich nicht dazu aufschwingen, daß auch für dieses Gebiet ein Flächen- und Gliedertarif die damals notwendige Lohnregulierung gewesen wäre. Bei den Lohnverhandlungen die unter seiner Leitung oder unter seiner Anwesenheit stattfanden, schlug er immer einen verständlichen Ton an, und wenn es hart auf hart stand, fand er die richtigen Worte und den Weg, um die Sache vorwärts zu bringen. Der Verkehr zwischen uns und ihm bewegte sich immer in den anständigsten Bahnen. Er verkannte niemals, daß die Arbeiterorganisation notwendig und kulturfördernd sei. Die letzten Jahre betätigte er sich in Arbeiterfragen weniger, da er bei seinen eigenen Kollegen im Kalksteingebiet wegen verschiedenen seiner Maßnahmen in den eigenen Betrieben angefeindet wurde. Auch scheint sein Gesundheitszustand, der wohl schon länger trotz seines kraftvollen Aussehens kein guter gewesen ist, die Ursache der Zurückhaltung mit gewesen zu sein. Seit einiger Zeit war er auch Vorsteher des Verbandes Deutscher Werkstoffbetriebe. Alles in allem, die Steinindustrie verliert in Hans Bette einen bedeutenden Förderer und Fachmann. Die Steinarbeiterwelt wird auf Grund seiner geraden und offenen Charaktereigenschaften, wenn er auch unser Klassengegner war, sein Andenken in Ehren halten.

Gegen die erhöhte Umsatzsteuer (Zugsteuer), von der die Erzeugnisse der Natursteinindustrie jeder Art schwer getroffen werden, haben sich sämtliche Organisationen der Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer einschließlich der Steinbildhauer in einer wohlbegründeten Eingabe an den Reichstag und den Reichswirtschaftsrat gewandt. Gefordert wird, daß die Zugsteuer bei sämtlichen Erzeugnissen der Natursteinindustrie gelegentlich der jetzt in Angriff genommenen Neugestaltung der Umsatzsteuer-Gesetzgebung beseitigt wird.

Für die Unersehllichkeit des Natursteins spricht ein beklagenswerter Unglücksfall beim Bau der Berliner Untergrundbahn, der mehreren Arbeitern das Leben kostete und einige andere zu Krüppeln schlug. Am 27. September brach in der Untergrundbahnstrecke Friedrichstraße ein Zementblock zusammen, der einen 250 Zentner schweren Eisenträger trug, zerschlug ein Wasserrohr und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Solche Unglücksfälle müssen wohl erst in mehrfacher Auflage kommen, ehe sich die Bauberantwortlichen auf den Naturstein besinnen. Sie wissen ebensogut wie wir, daß die Druckfestigkeit beim Zement nur 200 bis 400 Kilogramm auf den Quadratzentimeter beträgt, beim normalen Sandstein aber 400 bis 1800; beim Hartgestein je nach der Art sogar 1000 bis 3500 Kilogramm auf den Quadratzentimeter. Solche Ziffern beweisen und sind eine schwere Auflage gegen die Bauberantwortlichen.

Schwarze Listen. Die Arbeitgeberorganisationen der Steinindustrie haben noch dies alte, aber verrufene Kampfmittel; so hat die Fa. Thust, Gnadenfrei, durch das Geschäftsamt des A.D.G. in Karlsruhe eine solche Liste in die Welt flattern lassen, damit die darauf vermerkten nicht eingestellt, oder wo sie eingestellt, wieder entlassen werden! Die Liste zählt zehn Steinmehrer auf, 2 Schlosser, 2 Schmiede, 6 Schleifer, 4 Säger, 1 Schurer, 2 Hilfsarbeiter. Bereits in der vorigen Nummer konnten wir ähnliche berichten. (Weicha-Braunlage.) Weitere Bemerkungen können wir uns sparen und registrieren nur die Kenntnis von der schwarzen Liste, die von jedem Unternehmer nach dem Willen ihrer Organisationen in die Hand genommen werden soll, sobald sich jemand zur Einstellung meldet. Die Streikenden werden es zu ertragen wissen.

Gewerkschaftliches. Zu der furchtbaren Oppauer Katastrophe, von der unsere Verbandsmitglieder durch die Tagespresse informiert wurden; geben der A.D.G. und der Afa-Bund folgende gemeinsame Stellungnahme bekannt:

„Die erschütternde Katastrophe von Oppau, hervorgerufen durch die Entzündung bedeutender Massen explosibler Stoffe in unmittelbarer Nähe einer Ortschaft und inmitten Tausender von Bewohnern, weist gebieterisch auf die Notwendigkeit des sofortigen Eingreifens der Gesetzgebung hin. Einmal müssen die durch die Katastrophe als völlig unzulänglich erwiesenen Unfallverhütungsvorschriften einer grundlegenden Nachprüfung unterzogen werden, unbeschadet der mit allem Nachdruck durchzuführenden Ermittlung über schuldhaft oder fahrlässige Verstöße. Die bestehenden, völlig ungenügenden Unfallentschädigungsbestimmungen, und zwar sowohl an Sach- wie an Leibschäden, machen die sofortige Inangriffnahme einer Reform des geltenden Rechts, insbesondere der Unfallversicherung der A.D.G. notwendig.“

Zur sofortigen Beseitigung der entstandenen Notlage ist durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß eine der Geldwertverteilung Rechnung tragende Entschädigung der von dem Unglück Betroffenen oder ihrer Hinterbliebenen zu zahlen ist. Bis zur endgültigen Festlegung der Entschädigungssummen sind Anzahlungen in angemessener Höhe zu leisten. Zur Deckung der zu leistenden Entschädigungssummen sind die mit dem Oppauer Werk verbundenen Industrie-Kongerne in stärkstem Maße heranzuziehen.“

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Vorstand hat in seiner letzten Vorstandssitzung vorbehaltlich der Zustimmung des Verbandsauschusses beschlossen, sich am „Verband sozialer Baubetriebe“ mit 50 000 M. zu beteiligen; außerdem wurde beschlossen, daß streikende Verbandsmitglieder nach der 6. Woche des Streiks als einmaltigen Zuschuß, hauptsächlich für Miete, die doppelte Streikunterstützung erhalten! Dieser Beschluß ist gerechtfertigt durch die außerordentliche Geldwertverteilung und findet sicherlich die Zustimmung aller Verbandsmitglieder so lange, bis die sehr notwendige, kommende Beitragserhöhung und Neuregelung der Streikunterstützung in Kraft getreten ist.

Auf Antrag der Zahlstelle Saalburg sind folgende wegen Streikbruchs ausgeschlossen: Die Brecher Bordinon, Sebastian, Buch Nr. 21398 und Longo, Sebastian, Buch Nr. 21399, ferner der Hilfsarbeiter Schmidt, Heinrich, Buch Nr. 21391.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Blauberg. Quittung. Für den kranken Kollegen Karl Koller haben einige Zahlstellen des 7. Gau's nachstehende Unterstützungen eingekandt: Rattenberg 40 M., München 50 M., Windischschneibach 10 M., Ultrasberg 55 M., Hausenberg 50 M., Selb 50 M., Bunziedel 20 M., Büchberg 20 M., Neuforg 24 M., Fürstzell 25 M., Pilgramsreuth 30 M. Unsere Zahlstelle sagt den Gebern herzlich Dank.

Andreas Reiner, Kassierer.

Quittung. Für die streikenden Kollegen der schlesischen Marmorindustrie gingen bis 30. September folgende Beträge ein: Schreiberhau 100, Dörfel 110, Niederlinda 150, Hofenau 234, Strehlen 1000, Striegau 2000, Böbau 1000, Bunzlau 250, Giersdorf 200, Sproitz 300, Söwenberg 65, Königswalde 241, Ebersbach 300, Zittau 100, Demitz 846,50, Hermsdorf 183, Wiegitz 193, Häslich 809, Luntzendorf 100, Görlich 100, Gombau 474, Wenig-Radwitz 335, Alt-Barthau 268, Königshain 350 M. Im Namen der streikenden Kollegen danke allen Gebern für die Beträge. Der Streik geht weiter, weitere Unterstützungen sind erwünscht.

Röhrnbach. Quittung über eingegangene Gelder für den durch Brand schwer geschädigten Kollegen Rudolf Rosenauer: Kellheim 50.—, Kirchenlamitz 50.—, Edenstetten 20.—, Schwarzenbach 30.—, Rindnach 37.—, Berned 20.—, Augsburg 20.—, Wiedlach 30.—, Hof i. Bah. 20.—, Gemmerau 30.—, Neubau 25.—, Meiten 20.—, Blaubeurg 100.—, Weidenstadt 40.—, Windisch-Schneibach 10.—, Gauzenberg 168.—, Weidenberg 20.—, Neuforg 30.—, Für-

stenzell 50.—, Großlattengrün 71,45, Fürststein 158.—, Grefes 50.—, Büchberg 53.—, Den Kollegen für ihren Opfermut besten Dank.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 21. August bis 30. September 1921.

Letmathe 959,25, Sprochhövel 700.—, Luntzendorf 627,00, Köln 590.—, Quentel 35.—, Schmalkalden Inf. 34.—, Schwerin Inf. 33.—, Nieslingen 135.—, Hamm 45,50, Köpenrother Ley 20.—, Eibach 70.—, Geier 840.—, Roßberg Inf. 16.—, Braunschweig 1.—, Büchberg 0,50, Langensiebach 45,50, Müllau 21.—, Riebel 36.—, Mannheim 1000.—, Paiten 200.—, Waldenburg 497,60, Erier 700.—, Saafen 350.—, Oberaula 800.—, Günswinkel 260.—, Eichenbühl 985,60, Ehringsdorf 86,85, Granzow Inf. 12.—, Wittenberg Inf. 10.—, Landstuhl 50.—, Zangermünde 2.—, Aßersleben 17,50, Perlsberg 30.—, Breslau Inf. 40.—, Wellecode 668,50, Wahnitz 500.—, Cravinkel 127,32, Bad Lausitz 15,75, Rinderbürgen 1.—, Dessau Inf. 20.—, Aue Inf. 30.—, Forst Inf. 14.—, Gauzenberg 50.—, Hamburg 1400.—, Homberg 1200.—, Landsberg 10.—, Obersbach 500.—, Seuffen 2000.—, Delmenhorst 21.—, Pölsig 24.—, Döbrilug 13.—, Rühom 31,50, Jeven 49.—, Hamburg 14.—, Rinderbürgen 587,20, Ziegelanger 1400.—, Wieggersdorf 1,50, Einzig 400.—, Metten 500.—, Mühlhausen 840.—, Kamenz 5440.—, Goldberg 1600.—, Rochitz Inf. 14.—, Neujah 14.—, Altenburg 14.—, Falkenberg Inf. 24.—, Tiefenstein Inf. 16.—, Züllichau 30.—, Triebel 30.—, Anspach 10.—, Lengfurt 86.—, Wagen 6000.—, Neustift 11.—, Ströbel 5000.—, Ilm 1200.—, Döbrilug 35.—, Al.-Rätschen 30.—, Finsterwalde 8,50, Weinböhla 42.—, Gildesheim Inf. 12.—, Weisthen 720.—, Heilbronn 18.—, Crimmitschau 98.—, Reichenbach i. W. 74.—, Eifenberg 49.—, Schandau 45.—, Witzig 24.—, Berned 1000.—, Aue 2074,80, Grefes 1184,50, Kellheim 500.—, Köddig 1000.—, Internesiebach 39,60, Langenberg 39.—, Flensburg 35.—, Eningen 28.—, Montabaur 14.—, Löffingen 17,50, Groißsch 45.—, Treptow 51.—, Reunburg Inf. 14.—, Heberlingen Inf. 50.—, Schaded 400.—, Bremen 2000.—, Herrenheide 711,10, Derbingen 591,50, Sangerhausen 586,65, Wolfenbüttel Inf. 12.—, Welle 70.—, Greifswald 600.—, Köslin 400.—, Braunschweig 1000.—, Bochum 280.—, Doffenheim 1000.—, Eberbach (Waden) 1500.—, Nieberreißig 946,60, Ettlingen Inf. 8.—, Mülln 24.—, Willingen Inf. 10.—, Kirchzinsbolande Inf. 14.—, Bad Lausitz 21.—, Torgau 30.—, Althausen 33.—, Ochsenhausen 91.—, Nürnberg 4096,50, Ober-Weisingen 234.—, Al.-Steinheim 800.—, Groißsch 22,50, Winterfeld 56.—, Hochlar 52,50, Prettin 24.—, Obernhau 31,50, Langensalza 35.—, Grevesmühlben 35,60, Mlotho Inf. 11,50, Adeleben 5750.—, Eibelstadt 500.—, Weierdingen 572,90, Zell-Neinersreuth 800.—, Theuma 722,50, Gernsbach 8000.—, Eberbach (Waden) 3000.—, Brandenburg 113.—, Arzberg Inf. 12.—, Reichenbach (Schlef.) Inf. 10.—, Leer Inf. 16.—, Osabrück 14,80, Rößdorf 1381.—, Mültchenbach 0,90, Pöperwerda 98.—, Peine 37.—, Neubrandenburg 49,50, Altenburg 30.—, Fallersleben 70.—, Forst 50.—, Lengkirch 45,50, Helgen 7,50, Mlotho Inf. 21.—, Sußi 71,84, Oberaula 6,25, Dörfel 200.—, Häslich 8000.—, Breitenborn 1500.—, Stargard Inf. 10.—, Cöthen 5.—, Landstuhl 40.—, Züllichau 50.—, Langelsheim Inf. 42.—, Kriech 0,60, Braunschweig Inf. 12.—, Weferlingen 14.—, Nienburg 175.—, Gundersheim 410,40, Pölsned 457,60, Roth (Dillfr.) 2000.—, Eidengeseß 49,50, Sandhübel Inf. 4,50, Neustadt (Odenw.) Inf. 10.—, Beckdorf Inf. 42.—, Nommensbach 11,25, Neppen 24,50, Walle 35.—, Bad Lausitz 4,50, Lengkirch 14.—, Brome 35.—, Wismar 28.—, Sferlohn 24,50, Willingen Inf. 14.—, Frankfurt a. M. Inf. 12.—, Buchholz 26.—, Lühom 14.—, Bad Lausitz 35.—, Al.-Pötelwitz 45,50, Heberlingen Inf. 12.—, Landsberg 345,40, Odenmörten 610,60, Freiturg (Waden) 0,40, Nortenheim Inf. 20.—, Dessau Inf. 10.—, Saarbrücken Inf. 30.—, Rottenbauer 965,30, Raumünzach 560.—, Osterwald 240,50, Nienstadt 719,50, Müllnster 433,60, Langelsheim 3260,60, Herdede 750,30, Faulbach 174,30, Aue 30.—, Leutkirch 30.—, Lützen 28.—, Aßersleben 17,50, Altona Inf. 21.—, Gotha 728,70, Greiz 175,60, Lößlein 3184,30, Letmathe 1000.—, Schraubach 300.—, W. Eichenbach 161,20, Fallersleben 2.—, Lühom 46,50, Fallersleben 21.—, Altona 18,50, Friedberg Inf. 60.—, Wiesbaden 1400.—, Quentel 290,80, Königshain 2000.—

Richtigstellung: Die in Nr. 35 unter Weisenfels quittierten 50 Mark sind für Denkmalsfonds Staudinger bestimmt, der sich dadurch auf 9364,80 Mark erhöht.

Ludwig Geist, Kassierer.

Zur Arbeitslosenzählung.

Für den Monat September sind bis spätestens am 13. Oktober die gelben Zählkarten einzusenden. Später eingehende Zählkarten können bei der Zusammenstellung nicht berücksichtigt werden. — An der Zählung haben sich alle Zahlstellen zu beteiligen, auch wenn arbeitslose Mitglieder nicht vorhanden waren, ist trotzdem die Karte ausgefüllt einzusenden.

Adressenänderungen.

1. Gau.
Straßburg. Vorj.: Peter Degen, Werftstr. 9.
2. Gau.
Langensalza. Vorj.: Josef Balling, Lange Str. 51.
3. Gau.
Nienstadt. Vorj. u. Kass.: Karl Strothmann, Nr. 25.
4. Gau.
Driedorf (Dillfr.). Vorj.: Fr. Los jun.; Kass.: Hermann Liesfeld.
5. Gau.
Wildsteig (Bez. Schongau, Oberbay.). Vorj.: Josef Dehner. Kass.: Alois Wilhelm.
6. Gau.
Collar b. Gießen. Vorj.: Joh. Beilborn, Caubringer Str. 27.
Dübelsheim. Vorj.: Heimr. Karl Mainhardt. Kass.: Wilh. Jakob Herrmann.
7. Gau.
9. Gau.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

„Das einheitliche Arbeitsrecht“. Von Fris Schröder. Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin SO 26. Der 54 Seiten starken Broschüre ist ein vom Verfasser auf dem ersten Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten in Weimar 1921 gehaltenen Vortrag zugrunde gelegt.

Volkstunfverlag „Das Bild“, E. G. m. b. H. Zweck der Genossenschaft ist der Vertrieb originalgetreuer Wiedergaben von Werken bildender und angewandter Kunst der Vergangenheit und Gegenwart. Durch Ausschaltung jeden Kapitalgewinns soll es auch den minderbemittelten Volksschichten ermöglicht werden, sich mit den Werken alter und neuer Meister vertraut zu machen. Die Genossenschaft verfolgt also gemeinnützige Zwecke und verdient die Unterstützung aller Volksgenossen. Die Beitrittsgebühr beträgt 2 M. und ist bei der Anmeldung zu zahlen. Die Höhe des Geschäftsanteils ist auf 10 M. festgesetzt. Aufnahmefähig ist jede geschäftsfähige Person. Im Vorstand und Aufsichtsrat sitzen bekannte Gewerkschaftskollegen des graphischen Gewerbes, und haben sich die graphischen Verbände selbst durch Entnahme einer großen Anzahl von Anteilen weitgehenden Einfluß gesichert, wodurch die Einhaltung der oben erwähnten gemeinnützigen Richtlinien in jedem Fall gegeben sein dürfte. Ein künstlerischer Beirat steht dem Vorstand und Aufsichtsrat zur Seite. Die ersten Bilder (gerahmt oder ungerahmt) kommen bis Ende November zum Verkauf; der Preis soll ein möglichst mäßiger

sein. Alle nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle: Otto Günther, Berlin-Wilmersdorf, Kurfürststr. 19.

Zu Hermann Mollenhagen 70. Geburtstag am 11. September 1921 läßt ein Jugendfreund und Weggenosse des alten Parteikämpfers, Gen. Julius Bruhns, ehemals der Benjamin des Reichstages und jetzt Chefredakteur des Offenbacher Abendblattes, seine Lebenserinnerungen unter dem Titel „Es klingt im Sturm ein altes Lied“ bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erscheinen. Die Jugendzeit des Verfassers ist zugleich die Jugendzeit der deutschen Sozialdemokratie. Das schön gebundene Buch, welches die Organisationen statt zum Ladenpreis von 14 M. wesentlich billiger erhalten, ist eine besondere Würdigung und Ehrung zum 70. Geburtstag des alten und verdienten Hermann Mollenhagen. Bestellungen sind zu richten an die örtliche Parteibuchhandlung oder direkt an Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Berammlungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.

Meißen I. Sonnabend, den 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Wieseenthal.

Karlsruhe (Baden). Sonntag, den 9. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, im Schffelhof, Rudolfstraße.

Großlottengrün. Am Sonntag, 9. Oktober, nachmittags 2 Uhr in Pechbrunn, Gastwirtschaft zur grünen Eiche. Außer den Kollegen von den beiden bereits genannten Orten haben auch jene aus Poppenreuth, Palmbrechts, Fuchsmühl zu erscheinen.

Leipzig. Dienstag, den 11. Oktober 1921, abends 1/6 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Bödenhausen. Sonntag, 16. Oktober, mittags 2 Uhr, in Gartsborn beim Gastwirt Heimr. Werner.

Anzeigen

Feder kann Schriftzeichen nach meiner Methode!
Man bestelle eine Grabmalsschrift mit Aufklärungsendung
Angabe der Steinart, vertieft oder erhaben erwünscht.
Franz Siegler, Bildhauer, Gießen (Hessen).

Modelle u. Entwürfe für Kriegerdenkmäler usw.
fertigt stilgerecht und billigst an
Hugo Siegler, akad. Bildhauer, Friedberg i. Hessen.

Beschläge für Schreibzeuge
wie Kartenkländer, Brieföffnerklängen, Petschaftfüße usw.
liefert
F. W. Wagner, Altona (Elbe), Gr. Bergstraße 31.

5 tüchtige Pflastersteinhauer nebst einem Werkzeugschmied
bei hohem Lohn sofort gesucht.
H. Miener, Steinbruch Bönnigen (Amt Waldshut, Baden)

Steinmehrer auf Messelberger Sandstein bei hohem Lohn
und für dauernde Arbeit gesucht. Winterarbeit
bestimmt zugesichert. Wohnungsgelegenheit und Verpflegung günstig.
Fris Schneeberra, Altenhagen I bei Springe.

Mehrere eingearbeitete Marmorerschleifer
für Rundschleifmaschine stellen sofort ein
Fröbel & Co., Marmorwerke, Erfurt.

Tüchtige Steinmehrer für Grabsteingeschäft sucht
Gottl. Meyer, Herford i. W.

Tüchtige Granit-Steinmetzen, ledig, sofort gesucht.
Granit-Werke Kleber & Co., Neustadt (Odenwald).

Stellen noch ein
Brecher, Stößer u. Kipper
auf Werk- und Pflastersteine
Grottenburger Sandsteinbrüche Carl Meier & Sohn,
Detmold i. Lippe.

Marmorsäger!
Dauernde Arbeit.
Stettiner Steinindustrie GmbH. Stettin.

Zwei tüchtige Steinmehrer
auf Mischelkalkstein stellt sofort ein
J. Melchert, Steinmetzmeister, Deffau, Heidestraße 88.

Auf sofort 2 tüchtige Steinmehrer, welche auch im
Zeichnen bewandert sind, gesucht. Stundenlohn 8,05 M.
sonst Akkord nach hannoverschem Tarif.
Bohmann & Heckemüller, Minden i. W., Marienstr. 63.

Mehrere tüchtige Steinmetzen gesucht
Gebr. Dörgeloh, Vlotho a. d. Weser. Fernruf 108.

2 firme Marmorhandschleifer
für Möbelplatten stellt sofort ein
Marmorwerk C. Jaeger, Braunschweig,
Riddachshäuser Weg 22.

Tüchtige Stößer und Ripper
werden bei hohem Stunden- und Akkordlohn eingestellt
Steinbruch Hohenfurg Peters & Co. GmbH.
Melbung beim Bruchmeister Hohenfurg (Westfalen), Kreisstraße 21.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einlangend sind.)

In Lüttschbach am 27. August der Hilfsarbeiter Fris Wagner, 24 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In Rirn am 28. August der Pflastersteinmacher Jakob Weber, 42 Jahre alt, Epilepsie.

In Eudenberg am 6. September der Hilfsarbeiter Peter Christoffel, 30 Jahre alt, Rippenfellentzündung.

In Hamm (Einzelsahler) am 14. September der Steinmetz Karl Schotke, 37 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In Ziegelanger am 18. September der Dreher Georg Will, 22 Jahre alt, Bruchoperation.

In Stettin am 22. September der Steinmetz Otto Vigorich, 56 Jahre alt, Herzschlag.

In Berlin am 24. September der Sandsteinmetz Paul Schulzendorf, 45 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.